

## **PRESSEINFORMATION**

### **Besitzstandswahrung oder patientenorientierte Zusammenarbeit? Gemeinsame Position zur Delegation von Aufgaben**

Köln, 01.03.2012 - In ihrer „Resolution zur Delegation“ vom 23.02.2012 haben mehrere ärztliche Verbände vor der Übertragung von Aufgaben an nichtärztliche Berufe gewarnt und damit ihren Anspruch auf die Monopolstellung im Deutschen Gesundheitswesen bekräftigt. Anlass der Resolution ist eine Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Neuverteilung von Aufgaben im Gesundheitswesen.

Ärzte erfüllen im Zusammenwirken mit anderen Berufsgruppen eine wichtige Aufgabe, wenn es um Heilung und Behandlung von Krankheiten geht. Im 21. Jahrhundert jedoch bedeutet Gesundheitsversorgung vor allem langfristiges Krankheitsmanagement und gesundheitsförderliche Verhaltensänderung. Auf diesen Bedarf hat die Politik in Deutschland mit einem Akademisierungsprozess der „nichtärztlichen“ Gesundheitsberufe wie Pflege und Ergotherapie reagiert. Sie hat damit an international erfolgreiche Beispiele wie Finnland, Niederlande oder Dänemark angeknüpft. Dort konnte gezeigt werden, dass mit entsprechender Ausbildung und Qualifikation, Pflegende ebenso erfolgreich Psychotherapie durchführen oder Medikamente verschreiben können wie Ärzte, teilweise mit besseren Ergebnissen. Die hohe Expertise dieser Berufsgruppen im Allgemeinen, und der psychiatrisch Pflegenden im Speziellen nicht zu nutzen bedeutet, der Bevölkerung wichtige vorhandene Ressourcen vorzuenthalten.

Der gemeinsame Fokus aller Beteiligten muss auf Behandlungssicherheit und Qualität gerichtet sein. Keine Berufsgruppe kann für sich in Anspruch nehmen, dass ausschließlich ihr alle Verantwortung und Steuerung der Behandlungsprozesse zusteht. Diese Position führt zur Stärkung von partikularen Interessen der Ärzte und niemals zu einer qualitativ hochwertigen Behandlung.

Der Erfolg psychiatrischer Behandlung ist abhängig von sektorenübergreifender Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Versorgungsformen und zwischen allen an der Behandlung beteiligten Berufsgruppen. Sollte es nicht möglich sein, einen Dialog über eine patientenorientierte - statt einer interessenorientierten - Aufgabenverteilung zu führen, muss der Gesetzgeber im Sinne der Bevölkerung handeln und die Position der Mediziner an dieser Stelle relativieren.

Das gemeinsame Positionspapier von DFPP und BAPP e.V. sowie die „Resolution zur Delegation“ finden Sie auf den [www.dfpp.de](http://www.dfpp.de) bzw. [www.bapp.info](http://www.bapp.info).